AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 22 | DIENSTAG, DEN 17. MÄRZ | 2015

Inhalt:

	Seite
Sitzung der Bürgerschaft	593
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	593
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	594
Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Schiffbek, Othmarschen, Sinstorf, Lokstedt, Heimfeld, Rahlstedt, Sasel, Farmsen	594
Änderung von Wochenmärkten	594
Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen – Höltigbaum –	595
Widmung von Wegeflächen – Röhlstieg/Volzekenweg/Plattenfoort –	595
Widmung von Wegeflächen – Meisenstieg/Drosselstieg/Kiebitzstieg –	595

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 25. März 2015, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 17. März 2015

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 593

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma Vattenfall Wärme Hamburg GmbH hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb einer Verbrennungsmotoranlage (Blockheizkraftwerk) und damit einer „Anlage zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas in einer Verbrennungseinrichtung (wie Kraftwerk, Heizkraftwerk, Heizwerk, Gasturbinenanlage, Verbrennungsmotoranlage, sonstige Feuerungsanlage), einschließlich zugehöriger Dampfkessel, ausgenommen Verbrennungsmotoranlagen für Bohranlagen und Notstromaggregate, durch den Einsatz von … Gasen der öffentlichen Gasversorgung … Feuerungswärmeleistung von 1 Megawatt bis weniger als 20 Megawatt, bei Verbrennungsmotoranlagen oder Gasturbinenanlagen“ (Nummer 1.2.3.2 Verfahrensart V des Anhangs 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG) auf dem Grundstück Haferweg 17 in 22769 Hamburg-Altona beantragt.

Die Errichtung und der Betrieb stellen ein Vorhaben nach Nummer 1.2.3.2 Spalte 2 Buchstabe S der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Nach der gemäß § 3 c Satz 2 UVPG vorgenommenen standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung der Feststellung, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 4. März 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –

Amtl. Anz. S. 593

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma HafenCity Hamburg hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Teilverfüllung Baakenhafen“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 5. März 2015

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation als Planfeststellungsbehörde

Amtl. Anz. S. 594

Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Schiffbek, Othmarschen, Sinstorf, Lokstedt, Heimfeld, Rahlstedt, Sasel, Farmsen

I.

Endgültige Herstellung:

Nach § 49 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 15. Februar 2011 (HmbGVBl. S. 73), wird bekannt gemacht:

Die nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen sind endgültig hergestellt worden:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlagen
1	Hogenbergkamp von Merkatorweg bis Behaimweg
2	Elbgarten von Parkstraße bis Wendeanlage einschließlich der von der Wendeanlage abzweigenden Stichstraße bis Hausnummer 18 teilweise (Flurstück 1066 teilweise)
3	Rüstweg von Fleestedter Straße bis Landesgrenze
4	Emil-Andresen-Straße von Julius-Vosseler-Straße bis Lohkoppelweg (ausschließlich)
5	Auf der Jahnhöhe von Ehestorfer Weg nach Norden abzweigend bei Auf der Jahnhöhe 4 bis Auf der Jahnhöhe 76 einschließlich

II.

Erweiterung und Verbesserung:

Nach § 55 des Hamburgischen Wegegesetzes wird bekannt gemacht:

Bei den nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen sind die angegebenen Maßnahmen nach § 52 Absatz 1 des Hamburgischen Wegegesetzes abgeschlossen worden:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlagen
1	Kohövedstraße von Bargteheider Straße bis Wolliner Straße Maßnahmen: Erwerb und Freilegung der Flächen Erweiterung der Fahrbahn Verbesserung der Nebenflächen Herstellung der Parkflächen Verbesserung der Beleuchtungseinrichtungen Verbesserung der Entwässerungseinrichtungen
2	Meiendorfer Mühlenweg von Volksdorfer Weg bis Heideknick/Alter Berner Weg Maßnahmen: Verbesserung der Nebenflächen
3	Weddinger Weg von Brockdorffstraße bis Poggfreedweg Maßnahmen: Erweiterung der Fahrbahn Verbesserung der Entwässerungseinrichtungen
4	Farmsener Zoll von Alter Zollweg bis Am Knill Maßnahmen: Erweiterung der Fahrbahn Verbesserung der Entwässerungseinrichtungen
5	Berner Heerweg von Wagnerkoppel (nördliche Einmündung) einschließlich bis Pulverhofsweg/Eckerkoppel ausschließlich Maßnahmen: Erwerb und Freilegung der Flächen Erweiterung und Verbesserung der Nebenflächen Erweiterung der Parkflächen Erweiterung der Beleuchtungseinrichtungen Erweiterung und Verbesserung der Entwässerungseinrichtungen
6	Sieker Landstraße von Pahlblöckensredder bis Waterblökenwiese Maßnahmen: Erwerb und Freilegung der Flächen Erweiterung und Verbesserung der Nebenflächen Erweiterung der Beleuchtungseinrichtungen Erweiterung der Entwässerungseinrichtungen

Die Bekanntmachung ist auch unter www.hamburg.de/fb/anliegerbeitraege einzusehen.

Hamburg, den 17. März 2015

Die Finanzbehörde Amtl. Anz. S. 594

Änderung von Wochenmärkten

Auf Grund von § 69 b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert am 28. November 2014 (BGBl. I S. 1802, 1804), wird bekannt gegeben:

Ab dem 31. März 2015 wird der Wochenmarkt „Niendorf-Nord“ neu eröffnet. Dieser findet jeweils am Dienstag in der Zeit von 14.30 Uhr bis 19.00 Uhr statt. Der Wochenmarkt befindet sich im Nordalbingerweg/Ecke Ernst-Mittelbach-Ring 57, 22455 Hamburg.

Hamburg, den 2. März 2015

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 594

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen – Höltigbaum –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Neu-Rahlstedt, Ortsteil 526, belegene öffentliche Wegefläche Höltigbaum (Flurstück 2353 teilweise) für den öffentlichen Verkehr entbehrlich und mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem Lageplan (rot markierter Bereich), der Bestandteil der Entwidmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 19. Februar 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 595

Widmung von Wegeflächen – Röhlstieg/Volzekenweg/Plattenfoort –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Farmsen, Ortsteil 514, belegenen Wegeflächen Röhlstieg, Volzekenweg und Plattenfoort (Flurstücke 1348, 2013 und 2014), jeweils von Zum Gutspark bis zum Berner Heerweg verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem Fußgängerverkehr gewidmet.

Die Widmung umfasst auch die überbauten Durchgänge zwischen den Häusern 385–387 und 397–399 des Berner Heerwegs.

Der räumliche Umfang der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierte Bereiche), der Bestandteil der Widmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 24. Februar 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 595

Widmung von Wegeflächen – Meisenstieg/Drosselstieg/Kiebitzstieg –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die folgenden im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Poppenbüttel, Ortsteil 519, belegenen Wegeflächen mit sofortiger Wirkung dem Fußgängerverkehr gewidmet:

Meisenstieg (Flurstücke 77, 151, 202 und 260):

Vom Kiwittredder bis zum Heidelerchenweg, von dort bis zum Haubenlerchenweg und weiter bis zum Kohlmeisenstieg, sowie vom Heimgarten bis zur Harksheider Straße verlaufend;

Drosselstieg (Flurstücke 65, 139 und 274):

Vom Kiwittredder bis zum Heidelerchenweg, von dort bis zum Haubenlerchenweg und vom Heimgarten bis zur Harksheider Straße verlaufend;

Kiebitzstieg (Flurstücke 51 und 289):

Vom Kiwittredder bis zum Heidelerchenweg und vom Heimgarten zur Harksheider Straße verlaufend.

Der räumliche Umfang der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteil der Widmung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 25. Februar 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 595

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), dieses vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg (BSU), Amt für Bauordnung und Hochbau (ABH), Bundesbauabteilung (BBA)

Postanschrift:

Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n): Vergabestelle

Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00

E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau Multifunktionsgebäude, Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg, Objektplanung gem. § 34 HOAI 2013.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Bundesbauabteilung der Freien und Hansestadt Hamburg ist vom Bundesministerium der Verteidigung (Bauherr) mit der Baumaßnahme der Bundeswehr „Neubau Multifunktionsgebäude“ für das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg beauftragt worden. Integraler Bestandteil der Planung des Multifunktionsgebäudes ist auch der Neubau des Schifffahrtmedizinischen Instituts der Marine.

Das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg ist mit seinen 15 medizinischen Fachdisziplinen die größte militärische Behandlungseinrichtung in Norddeutschland und fest in das zivile Gesundheitsnetz der Freien und Hansestadt Hamburg eingebunden. Die Liegenschaft besteht aus 18 Gebäuden. In diesen sind die verschieden Nutzungen des Krankenhausbetriebes untergebracht. Im Wesentlichen sind dies: Ein Bettenhaus mit 320 Betten, Notaufnahme und Intensivstation, ein OP-Gebäude mit 6 OPs, Sterilisation und Bäderabteilung und ein Haupthaus (Haus 1). Dieses Gebäude aus dem Jahre 1937 ist denkmalgeschützt, daran schließt sich der sog. Kreuzbau und ein etwas kleinerer Nordflügel an. Im Haus 1 sind neben Büro und Unterkunftsnutzungen mehrere medizinische Fachuntersuchungsstellen sowie eine Apotheke, eine Radiologie mit MRT und CT, eine Küche und die DV-Abteilung untergebracht. Außerdem befinden sich auf der Liegenschaft ein Schwesternwohnheim, ein Hubschrauberhangar mit Rettungswache, der Psychologische Dienst sowie einige kleinere Gebäude mit Verwaltung, Heizhaus, Netzersatzanlage, Casino und Sanitätsfachschule. Das Gelände ist ca. 0,25 km² groß.

Vor dem Hintergrund einer Optimierung des gesamten Krankenhauses aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht wurde 2013 eine Entwicklungsplanung für die Gesamtliegenschaft erstellt, auf deren Grundlage zukünftig umfangreiche Um- und Erweiterungsbauten geplant sind. Unter anderem wird der Nordflügel abgerissen und durch ein neues Multifunktionsgebäude ersetzt. Der Neubau ist als zentrales Gebäude des Krankenhauses vorgesehen. Er soll den Operationstrakt sowie die Fachuntersuchungsstellen des Krankenhauses aufnehmen. Es sind u. a. folgende Funktionseinheiten vorgesehen: Zentrale Sterilgutversorgung, Orthopädie, Unfallchirurgie, Radiologie, Visceral- und Thoraxialchirur-

gie, Anästhesiologie, Intensivmedizin, Urologie, Links-Herz-Katheter, Innere Medizin, Neurologie, Dermatologie, Venerologie, Neurochirurgie, HNO, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Augenheilkunde, Fachzahnärztliches Zentrum, Zahnmedizin, Laboratoriumsmedizin und weitere Funktionen wie Rettungshubschrauberabsetzplattform, Haupteingang, Technikzentralen, Umkleiden etc. Das Multifunktionsgebäude ist im Westen an das Bettenhaus und südlich an den denkmalgeschützten Altbau anzuschließen. Einen Funktionsschwerpunkt bildet das Schifffahrtmedizinische Institut, wobei die Schwerpunkte hier auf den Gebieten der maritimen Medizin, der Tauch- und Überdruckmedizin mit einem Druckkammer- und Tauchunfallbehandlungszentrum, der Forschung und Lehre inkl. einem Simulationszentrum liegen. Die Nutzfläche (NF 1-6 gem. DIN 277) für das Multifunktionsgebäude liegt bei ca. 11.800 qm, hiervon entfallen auf das Schifffahrtmedizinische Institut ca. 3.700 m².

Bauaufgabe: Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe von Leistungen für die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau), der Ausführungsplanung und die Bauausführung für den Neubau des Multifunktionsgebäudes des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg. Die Realisierung muss bei laufendem Krankenhausbetrieb erfolgen. Die Bauaufgabe erfolgt parallel zu zeitgleichen Baumaßnahmen und dem Um- und Neubau der gesamten Infrastruktur (Wasser, Abwasser, Wärme- u. Elektroversorgung, Freianlagen etc.). Die zulässige Regenwassereinleitmenge ist begrenzt. Bei der Planung ist dies durch geeignete Maßnahmen zu berücksichtigen. Eine durchgängige Planung in einem 3D-Gebäudemodell wird in allen Leistungsphasen vorausgesetzt.

Planungsgrundlagen: Es liegt bereits eine Entwicklungsplanung (tsj Architekten, Lübeck, Stand: 07/2013) mit einer Grobkostenschätzung für die Gesamtliegenschaft vor. Derzeit wird die Entwicklungsplanung fortgeschrieben und ein Betriebskonzept für das Multifunktionsgebäude aufgestellt; beide sind voraussichtlich im April 2015 fertiggestellt. Die Unterlagen werden den Bietern im Rahmen der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Die Ersteller sind von der Teilnahme an diesem Verfahren nicht ausgeschlossen. Die Planung und Ausführung erfolgen entsprechend den aktuell gültigen Standards der Baufachlichen Richtlinien der Bundeswehr.

Leistungsbild: Ziel dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe des Leistungsbereiches Objektplanung:

- Leistungsphasen 2 bis 4 gem. § 34 HOAI,
- Leistungsphase 1 (teilweise) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG,
- Leistungsphasen 5 bis 9 gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Der Auftraggeber beabsichtigt, darüber hinaus folgende weitere Leistungen ggf. zu beauftragen:

- Drainageplanung
- Thermische Bauphysik/EnEV-Nachweis/Blower-Door-Test/thermische Gebäudesimulation
- Bauakustik/Raumakustik/Schallschutz
- Brandschutzkonzept
- Explosionsschutzgutachten
- Strahlenschutzgutachten
- Abschirmungsplanung für MRT-Räume
- Tageslichtplanung
- Patientenleitsysteme
- Fassadenplanung.

Im Rahmen der Angebotsaufforderung werden diese Leistungsbestandteile konkretisiert. Die Gesamtbaukosten für die Umsetzung der Maßnahme belaufen sich für das Multifunktionsgebäude auf ca. 96,93 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600, davon entfallen auf das Schifffahrtmedizinische Institut ca. 30,73 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600.

Projektdauer: Der Auftrag umfasst zunächst die LPH 2 bis 4. Die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) soll in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau) erfolgen und bei einer voraussichtlichen Beauftragung im August 2015 bis August 2016 abgeschlossen werden. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die LPH 5-9 (stufenweise, siehe Abschnitt II.2.2) zu beauftragen. Als Baubeginn ist November 2018 vorgesehen.

Vergabeverfahren: Die Vergabestelle behält sich vor, von den ausgewählten Bietern gem. § 20 (3) VOF Lösungsvorschläge erstellen zu lassen und für die Referenzen der Leistungsübersicht Projektblätter abzufordern. Ggf. nimmt ein Fachgremium mit der Qualifikation der Bewerber in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden darüber hinaus weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das büro luchterhandt, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Leistungsbereich Objektplanung ab Leistungsphase 2 bis 9 gem. § 34 HOAI zzgl. gesondert genannter Leistungen gem. II.1.5. Die Gesamtbaukosten für die Umsetzung der Maßnahme belaufen sich auf ca. 96,93 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600. Die anrechenbaren Baukosten liegen oberhalb der Tafelwerte gem. § 35 HOAI 2013. Das Honorar ist damit gem. § 7 (2) HOAI 2013 frei verhandelbar.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

– Leistungsphase 1 (teilweise) gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG.

– Leistungsphasen 5 bis 9 gem. §34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 3.000.000,– Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 5.000.000,– Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bewerbergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen jeweils in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist zudem der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit niedrigeren als den o.a. Deckungssummen, ist die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, als Nachweis erforderlich. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt/erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. Die Auftraggeberin prüft zur Zeit, ob eine kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung (sog. Multi-Risk-Versicherung) für alle am Bauvorhaben Beteiligten abgeschlossen werden soll. Sollte sich der Abschluss einer derartigen Versicherung als wirtschaftlich sinnvoll erweisen, sind alle am Bauvorhaben Beteiligten statt über die oben geforderte Berufshaftpflichtversicherung über die „Multi-Risk-Versicherung“ zu versichern. In diesem Zusammenhang erklärt/erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft zur Versicherung über eine gegebenenfalls abzuschließende „Multi-Risk-Versicherung“. Mit dem Versand der Angebotsaufforderung wird mitgeteilt, welche Form der Versicherung zur Anwendung kommt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Allgemeinen Vertragsbedingungen zu den Verträgen für freiberuflich Tätige (AVB) gemäß Anlage 1/1 der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sowohl des Einzelbieters als auch der Bietergemeinschaft.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Vorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, u.a:

– die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau),

– die Baufachlichen Richtlinien für die Durchführung von Baumaßnahmen der Bundeswehr (BFR),

– die allgemeinen Umdrucke für Baumaßnahmen der Bundeswehr.

Der Auftraggeber wird eine internetbasierte Projektplattform einsetzen. Das System ist durch den Auftragnehmer anzuwenden.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Bewerber hat den Teilnahmeantrag in Form eines vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Bewerbungsbogens und den geforderten Erklärungen, Anlagen und Nachweisen zu den Ziffern III.2.1 bis III.2.3 abzugeben. Darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten.

Der Bewerbungsbogen und die beigefügten Anlagenvordrucke sind bei der in Ziff. I.1) genannten Kontaktstelle anzufordern.

Für den Fall einer Bewerbergemeinschaft und/oder für den Fall, dass der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrags der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (Nachunternehmer), ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Die Nachweise müssen aktuell, nicht älter als 12 Monate (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) und noch gültig sein. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Da die Amtssprache für dieses Verfahren Deutsch ist, sind alle fremdsprachigen Urkunden oder Nachweise zu übersetzen. Eine eigenverantwortliche Übersetzung ist ausreichend. Etwaige Übersetzungskosten trägt der Bewerber selbst.

Geforderte Erklärungen und Nachweise:

– Vollständig ausgefüllter und rechtsverbindlich unterschriebener Bewerbungsbogen.
– Eigenerklärung zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen gem. § 4 Abs. 2 VOF.
– Eigenerklärung zur beabsichtigten Zusammenarbeit mit Anderen in auf den Auftrag bezogen relevanter Weise gem. § 4 Abs. 2 VOF.
– Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Auftragsanteile der Mitglieder zu benennen, wobei jedes einzelne Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll.
– Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist eine Vollmachtserklärung mit Benennung eines bevollmächtigen Vertreters vorzulegen.
– Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers sind die Auftragsanteile, die als Unterauftrag vom Auftragnehmer vergeben werden sollen, zu benennen.
– Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers ist eine Verpflichtungserklärung nach § 5 Abs. 6 VOF vorzulegen.
– Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Abs. 6 a-g VOF und über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Abs. 9 a-d VOF.
– Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen gem. § 4 Abs. 3 VOF.
– Nachweis der geforderten Qualifikation des Bewerbers. Sofern es sich bei dem Bewerber um eine juristische Person handelt, ist die Qualifikation des verantwortlichen Berufsangehörigen gem. § 19 Abs. 3 VOF nachzuweisen.
– Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung mit den unter Ziff. III.1.1 genannten Deckungssummen gem. § 5 Abs. 4 a VOF und soweit erforderlich Erklärungen entsprechend C1 des Bewerberbogens.
– Liste (Leistungsübersicht, siehe III.2.3) der wesentlichen in den vergangenen sieben Jahren (Stichtag 1. Januar 2008) erbrachten abgeschlossenen Leistungen gem. §34 HOAI 2013 gemäß VOF § 5 (5) b.
– Nachweis der Eignung des vorgesehenen Projektteams (siehe Abschnitt III.2.3).

Genauere Angaben und die zu verwendenden Vordrucke entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

Das Format der Unterlagen soll DIN A4 nicht überschreiten (Leistungsübersicht und Referenzblätter im Format DIN A3 gem. D2.2 und D2.3 Bewerberbogen). Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsformular vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Die Seiten werden bitte durchgehend nummeriert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung und soweit erforderlich Erklärungen entsprechend C1 des Bewerberbogens.

b) Erklärung über den Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2012, 2013, 2014) sowie des Teilumsatzes des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. §34 HOAI 2013 in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2012, 2013, 2014) (§ 5 Abs. 4 c VOF).

Sofern in Bewerbergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzeln anzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu a) Geforderter Mindeststandard: Vgl. III.1.1

zu b) Geforderter Mindeststandard: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz für den Leistungsbereich gem. § 34 HOAI 2013 muss mindestens 1.500.000,– Euro (netto) erreichen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014).

b) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Personen.

c) Vorstellung von drei Projektbearbeitern des Projektteams (Projektleitung, stellvertretende Projektleitung und Bauleiter) mit folgenden An-

gaben zu deren Qualifikation gem. § 5 Abs. 5 a) VOF: Ausbildung und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung, Berufserfahrung mit vergleichbaren Projekten, persönliche Referenzliste, Einbindung in die Referenzprojekte, bisherige Zusammenarbeit des Projektteams, Studiennachweise und Fortbildungsnachweise der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter sind in Kopie vorzulegen. Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

d) Nachweis der erbrachten Leistungen (Leistungsübersicht) für den Leistungsbereich gem. §34 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen sieben Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter Angabe

- des Projektnamens,
- des Ortes,
- der Art des Vorhabens,
- des Leistungszeitraumes,
- der Baukosten (EUR KG 300-400, netto),
- der Nutzfläche NF 1-6 gem. DIN 277,
- der erbrachten abgeschlossenen Leistungsphasen (die letzte abgeschlossene Leistungsphase des Projektes muss innerhalb der letzten sieben Jahre (1. Januar 2008 oder später) erbracht sein,
- des Auftraggebers inkl. Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer,
- ggf. Angabe einer Auszeichnung (Architekturpreis, Wettbewerbspreis, Anerkennung),
- Auftraggeberbescheinigung (mit der Leistungsübersicht ist für jedes der Referenzprojekte eine projektbezogene Referenzbescheinigung des Auftraggebers oder eine Eigenerklärung mit mind. Art, Umfang, LPH, Leistungszeit, Rechnungswert einzureichen.)

Es werden nur diejenigen Projekte in die Wertung einbezogen, bei denen ein Ansprechpartner beim Auftraggeber benannt ist. Die Angaben in der Leistungsübersicht müssen zweifelsfrei bewertbar sein. Nicht gemachte Angaben in einzelnen Feldern der Leistungsübersicht führen zur Nichtbewertung der jeweiligen Referenz. Es werden ausschließlich Referenzen bewertet, bei denen alle Angaben vollständig vorliegen.

Aus den Referenzen in der Leistungsübersicht soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu a) Geforderter Mindeststandard: 15 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre im Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI. Bewerbergemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

zu b) Geforderter Mindeststandard: Architektin/Architekt für die Leistungen der Objektplanung gem. §34 HOAI (vgl. III.3.1)

zu c) Geforderter Mindeststandard: Vorstellung des Projektleiters, des stellvertretenden Projektleiters und des Bauleiters mit jeweils einem berufsqualifizierendem Studienabschluss der Fachrichtung Architektur (Dipl.- Ing. TH/FH bzw. Master/Bachelor). Hiervon müssen alle Projektbearbeiter mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der für die Projektbearbeitung vorgesehenen Funktion nachweisen. Eine Mehrfachnennung von Mitarbeitern ist nicht zulässig.

zu d) Mindestanforderungen an die Leistungsübersicht:

1. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend ein Projekt aus dem Bereich Krankenhaus- oder Klinikbau (Neubau/Erweiterungsbau) mit mindestens 5.000 m² Nutzfläche (NF 1-7), in dem OP-Säle UND Ambulanzen geplant und realisiert wurden (LPH 3-8), nachzuweisen (ausschließliche Bettenhäuser werden nicht gewertet).

2. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend ein Projekt (Neubau/Erweiterungsbau), in dem medizinische Labore geplant und/oder realisiert wurden (LPH 2-5 und/oder 6-8) nachzuweisen.

3. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend die Planung und Realisierung (LPH 3-8) eines Projektes mit einer Bausumme von mind. 20.000.000,– Euro (KG 300-400, netto) nachzuweisen.

4. Mit den Referenzen in der Leistungsübersicht ist zwingend mind. eine Referenz für einen öffentlichen Auftraggeber nachzuweisen.

Die Mindestanforderungen zu 1., 2., 3. und 4. können sowohl mit einem oder mehreren Projekten erfüllt werden.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI 2013 gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Min-

destkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt nach den für die technische Leistungsfähigkeit vergebenen Punkten. Maßgeblich für die Auswahl der Teilnehmer ist die Summe der erreichten Punkte aus der Bewertung des Projektteams (max. 26,5 Punkte) und der Bewertung der Referenzen der Leistungsübersicht (max. 29 Punkte), siehe Bewerberbogen Abschnitt D. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

4121G14012015-01VOFMFG

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

10. April 2015, 12.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

Der für den Teilnahmeantrag zwingend zu verwendende Bewerbungsbogen ist unter der in Ziff. I.1) genannten E-Mail-Adresse

vergabestelle@bba.hamburg.de

unter der Angabe des Stichwortes: „2015-01 VOF Neubau Multifunktionsgebäude Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Objektplanung“ in der Betreffzeile der E-Mail anzufordern.

Vorläufige Termine des Teilnahmewettbewerbs mit anschließendem Verhandlungsverfahren:

- Versand Angebotsaufforderung: ca. 19. Kalenderwoche 2015
- Submissionstermin der Honorarangebote: ca. 25. Kalenderwoche 2015
- Verhandlungsgespräche: ca. 27. Kalenderwoche 2015.

Der Teilnahmeantrag ist zu richten an:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Vergabestelle der Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland.

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren (Bewerbungsbogen mit Anlagen) sind in einem verschlossenen Umschlag, deutlich sichtbar gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung, bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist auf dem Postweg an die Vergabestelle zu senden oder dem Auftraggeber direkt zu überreichen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig.

Bitte beschriften Sie den Umschlag der Teilnahmeanträge wie folgt:

„2015-01 VOF Neubau Multifunktionsgebäude Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Objektplanung“.

Im Falle von Bewerbergemeinschaften oder der Einschaltung von Nachunternehmern ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Es besteht kein Anspruch auf Rücksendung der eingereichten Unterlagen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:

Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt

Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
Telefon: +49/228/9499-0
Telefax: +49/228/9499-163

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Bundesbauabteilung BBA 2
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail:
poststellebundesbauabteilung@bba.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

10. März 2015

Hamburg, den 11. März 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 216

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 15 A 0088

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **15 A 0088**

Bodenbelag

Maßnahme: 84113 B 2015, TM4, Bauunterhalt

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Reichspräsident Ebert Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Erneuerung von rd. 1100 m² Linoleumbodenbelag einschließlich Scheuerleisten und Versiegelung. Die Leistung ist zwingend in den Sommerferien der Akademie auszuführen.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 20. Juli 2015
Fertigstellung der Leistung: 25. August 2015

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle@bba.hamburg.de

Bewerbungsschluss: 30. März 2015

Versand der Verdingungsunterlagen: 8. April 2015

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 5,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0088

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:

Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

28. April 2015, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte

Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 28. Mai 2015

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 11. März 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 217

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 15 A 0010

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **15 A 0010**

Sanierung der Entwässerungsrinnen

Maßnahme: 84115 B 2015

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Hanseaten Kaserne, Stoltenstraße 13, 22119 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

440 m Asphalt schneiden, 440 alte Entwässeungsrinnen ausbauen, 440 m Muldensteine versetzen, 35 Straßenabläufe versetzen, 50 m Anschlussleitung erneuern, 150 m Anschlussleitungen optisch untersuchen und orten (TV-Untersuchung).

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 18. Mai 2015

Fertigstellung der Leistung: 12. Juni 2015

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle@bba.hamburg.de

Bewerbungsschluss: 26. März 2015

Versand der Verdingungsunterlagen: 1. April 2015

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 7,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0010

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:

Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

21. April 2015, 11.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: § 13 b, HambAbwG, RAL-Gütezeichen 961, AK 3.

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 21. Mai 2015

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 12. März 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 218

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen Herrn Michael Evermann
Telefon: +49 / 040 / 4 28 23 - 13 69
Telefax: +49 / 040 / 4 27 31 - 06 86
E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse: http://www.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichenDialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Rahmenvereinbarung zur Erneuerung der Diktiertechnik für die Amtsgerichte in Hamburg.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Lieferauftrag

Kauf

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 3 Jahre

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Es sollen Diktiergeräte inkl. Zubehörteile und passender Software beschafft werden. Zu den Zubehörteilen zählen Ladestation/Dockingstation, Fußschalter, Kopfhörer (Unterkinn-Stethoskop- und Überkopfbügel-Variante), Kopfhörerohrpolster, USB-Kabel, Akus. Die Abnahme der Produkte erfolgt in sog. Lieferumfängen, zugeschnitten für Diktierende und Schreibende.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 31681410

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

300 Stück Lieferumfang I (Diktiergerät mit Schiebeschalter, Dockingstation, USB-Kabel, Akku).

250 Stück Lieferumfang II (Fußschalter, Kopfhörer, Unterkinn-Stethoskop-Variante, USB-Anschluss, USB-Kabel).

50 Stück Lieferumfang III (Fußschalter, Kopfhörer, Überkopfbügel-Variante, USB-Anschluss, USB-Kabel).

Diktiersoftware-Paket für 300 Diktierende und 300 Schreibende, welches die Möglichkeit einer zentralen Administration und Konfiguration an mind. 10 Standorten bietet.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja

Zahl der möglichen Verlängerungen: 1

Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeaufträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen: 12 Monate

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Von in- und ausländischen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1.) Nachweis über die Teilnahme an Schulungen für Vertrieb und Technik des Herstellers der angebotenen Diktiergeräte durch eine Zertifizierung des Betriebes, eine Teilnahmebestätigung oder ein vergleichbares Dokument.

2.) Bisher durchgeführte Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs der letzten drei Jahre. Es sind mindestens zwei aussagefähige Referenzen anzugeben. In diesem Zusammenhang sind der Auftragsumfang (Anzahl der gelieferten Geräte, Angabe der eingesetzten Software, Anzahl der beteiligten Standorte), AG mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Auftragsjahr zu nennen. (Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt).

Sollten mehr als die geforderten Mindestreferenzen angegeben werden, sind diese nach ihrer Wichtigkeit, beginnend mit der Wichtigsten, zu ordnen. Zudem dürfen nur solche Referenzen angegeben werden, die gegenüber dem AG Auskünfte erteilen. Bei Bietern, die die FHH als AG in den letzten Jahren mit Leistungen ähnlicher Art beliefert haben, ist ein entsprechender Hinweis in den Angeboten anstelle der Referenzen ausreichend.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

2015000032

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: –

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 0,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Die Vergabeunterlagen können kostenfrei per E-Mail über das E-Mail-Postfach ausschreibungen@fb.hamburg.de abgerufen werden.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

16. April 2015, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln derEuropäischen Union finanziert wird: –

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

– Hinweis für Bietergemeinschaften: Die unter III.2) geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.
– Hinweis Unterauftragnehmer/Nachunternehmer: Sofern sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er alle unter in III.2) geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen. Die Verantwortung für die Auswahl der Unterauftragnehmer und die Gestaltung der Unteraufträge liegt beim Auftragnehmer.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Finanzbehörde
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland,
Internet-Adresse: http://www.hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

2. März 2015

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**: –

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Hauptgeschäftszimmer – Raum 100
Telefon: +49 / 040 / 4 28 23 - 13 80
Telefax: +49 / 040 / 4 27 31 - 07 47
E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de
Internet-Adresse:http://www.hamburg.de

Hamburg, den 3. März 2015

Die Finanzbehörde 219

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

a) Finanzbehörde
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Zu Händen von Frau Christine Nehls
Telefon: 040 / 4 28 23 - 63 04
Telefax: 040 / 4 27 31 - 01 43
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de

b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Entfällt

d) Bodenbelagsarbeiten Reparatur

Es werden zwei zeitlich befristete Rahmenverträge ausgeschrieben, aufgrund derer die vorgesehenen bis zu 16 Vertragsunternehmen für SBH | Schulbau Hamburg und bis zu 3 Vertragsunternehmen für GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im jeweiligen Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen

auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangabe (Menge 1) durchgeführt.

Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst findet für beide Verträge ein gemeinsamer öffentlicher Teilnahmewettbewerb statt. Die Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb sind bei der unter Buchstabe a) angegebenen Stelle abzufordern.

In die engere Wahl kommen nur solche Teilnahmeanträge und Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden.

Aus dieser Bewerbung folgen 2 getrennte Angebotsverfahren:

1. Auftraggeber SBH: Gegenstand sind die durch SBH betreuten Schulen und Immobilien, sowie die Dienststellen der Finanzbehörde (ohne Finanzämter).
2. Auftraggeber GMH: Gegenstand sind die durch die GMH | Gebäudemanagment Hamburg GmbH betreuten Schulen und Immobilien.

Der Auftraggeber GMH wird die gesamte Beauftragung und Rechnungsstellung bis mindestens Ende 2015 über das Onlineportal „mareon“ abwickeln. Dazu ist es für den Handwerker zwingend erforderlich, sich unter www.mareon.com zu registrieren. Weitere Informationen zum Ablauf und über Kosten zur Nutzung dieses Dienstes finden sie ebenfalls auf zuvorgenanntem Onlineauftritt. Die Nutzungsgebühren werden vom Auftraggeber nicht gesondert vergütet und sind in die Einzelpositionen einzurechnen.

Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet.

Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bietern mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind.

Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für SBH sind insgesamt bis zu 16 Unternehmen, für GMH sind insgesamt bis zu 3 Unternehmen vorgesehen. Ein Anspruch auf eine Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe, ein bestimmtes Auftragsvolumen oder eine bestimmte Region innerhalb der Hansestadt Hamburg kann daraus nicht abgeleitet werden.

HINWEIS: Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden diese nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung können die Verträge Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen und Immobilien der Freien und Hansestadt Hamburg, die in der Bewirtschaftung von SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH, sowie der Finanzbehörde (ohne Finanzämter) stehen.

f) Vergabenummer: **SBH ÖT 005/2015**

Die Rahmenverträge „Bodenbelagsarbeiten Reparatur“ beinhalten die Ausführung von Sanitärarbeiten in der Instandhaltung der Gebäude.

Sie dienen als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung sowie Reparaturleistungen und sonstiger Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang.

Nach den Rahmenverträgen können Aufträge von maximal 5000,– Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am SBH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 16 Firmen) auf 558.000,– Euro/Jahr netto geschätzt, für alle am GMH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 4 Firmen) auf 34.500,– Euro/Jahr netto.

g) Entfällt

h) siehe Buchstabe d)

i) Beginn: 1. Juli 2015

Ende: 30. Juni 2016 mit der Option auf Verlängerung

j) Entfällt

k) Entfällt

l) Entfällt

m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 2. April 2015 um 12.00 Uhr.

Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)

n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden vorraussichtlich Ende April 2015 an die qualifizierten Firmen verschickt.

Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Anfang Mai 2015 stattfinden.

o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.

r) Entfällt

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testier-

ten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.

c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregisterauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.

f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.

g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/Wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,– Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

HINWEIS: Bitte fordern Sie den Teilnahmeantrag per E-Mail bei folgender E-Mail-Adresse ab:

vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Alternativ können Sie unter Angabe ihrer E-Mail-Adresse den Teilnahmeantrag per Telefax abfordern:

Telefax: 040 / 4 27 31 - 01 43

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. Juni 2015

w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde,
SBH | Schulbau Hamburg
Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Telefax: 040 / 4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 11. März 2015

Die Finanzbehörde 220

Öffentliche Ausschreibung
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Zentrale Vergabestelle – V234 –, macht die Ausschreibung **„Lektorat und Druck von Drucksachen und Protokollen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg“** bekannt.

Vergabeart: Offenes Verfahren

Ende der Angebotsfrist: 21. April 2015, 10.00 Uhr

Ausführungsfrist: 1. Juni 2015 bis 31. Mai 2017
(optional bis 31. Mai 2019)

Die Ausschreibungsunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer **BSB 0020/2015** per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abgefordert werden.

Hamburg, den 6. März 2015

Die Behörde für Schule und Berufsbildung 221

Sonstige Mitteilungen

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 VOL/A**

DESY Ausschreibungsnummer: C2020-15

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09

b) **Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) **Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2020-15
Angebotstermin 25. März 2015“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg**

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) **Art und Umfang der Leistung:**

Herstellung und Lieferung von:

110 Stück Rohrstütze_Fussplatte-Suspension SE000816549 nach DESY-Zeichnung 3-13-2413/A-002

160 Stück Rohrstütze-Fussplatte SE000806751
300 Stück Rohrstütze-Kopfplatte_Suspension SE000806738 nach DESY-Zeichnung 3-13-2413-A-001

270 Stück FEL-VBD_AU1_Suspension SE000815193 nach DESY-Zeichnung 2-13-2413-0-100.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg.

e) **Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose:** Entfällt

f) **Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:** Entfällt

g) **Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**

Lieferung: kürzestmöglich

h) **Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Zu Händen Frau Roy
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **25. März 2015** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **25. März 2015**

Ablauf der Bindefrist: **24. April 2015**

j) **Geforderte Sicherheiten:** Entfällt

k) **Wesentliche Zahlungsbedingungen:**

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) **Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) **Vervielfältigungskosten:** Entfällt

n) **Zuschlagskriterien:** gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 9. März 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 222

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:
Sprinkenhof GmbH – Geschäftsbereich
Technisches Immobilienmanagement

Postanschrift:
Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle:
Technisches Immobilienmanagement
Zu Händen von: Herr Reimers
Telefon: +49 / 40 / 3 39 54 - 0
Telefax: +49 / 40 / 3 39 54 - 279
E-Mail: info@sprinkenhof.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen

Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Städtische GmbH

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Projektentwicklung und Immobilienmanagement für die Freie und Hansestadt Hamburg.

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber

Neubau Forschungsgebäude, Center for Hybrid Nanostructures; hier Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Hamburg-Bahrenfeld

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Ausschreibung Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten für den Neubau Forschungsgebäude, Center for Hybrid Nanostructures, 4-geschossig mit Teilunterkellerung, am Physikstandort der Universität Hamburg.

BGF – Bruttogeschossfläche: 14.313 m²

BRI – Bruttorauminhalt: 66.346 m²

Endgültiger Vertragspartner auf Seiten des AG wird die 1. IVFL Immobilienverwaltung für Forschung und Lehre GmbH & Co. KG sein.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45210000

Ergänzende Gegenstände: 45261300, 45261410

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang

Leistungen der Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten u. a. mit Lieferung und Montage von; 3780 m² Dachabdichtung (FPO) mit EPS-Gefälledämmung, 3780 m² Kiesschicht 16/32, 730 m Attikaabdeckung aus Aluminium, 190 m Regenentwässerung aus Stahl.

II.2.2) Angaben zu Optionen Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn: 8. Juni 2015

Abschluss: 8. Juli 2016

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten

Als Sicherheit für die Vertragserfüllung hat der Auftragnehmer ab einer Auftragssumme von 250.000,– Euro eine Bürgschaft in Höhe von 10 v.H. der Auftragssumme zu stellen.

Leistet der Auftragnehmer die Sicherheit nicht binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss (Zugang des Auftragsschreibens), so ist der Auftraggeber berechtigt, die Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Der Auftraggeber hat eine nicht verwertete Sicherheit für die Vertragserfüllung nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückzugeben, es sei denn, dass Ansprüche des Auftraggebers, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt sind. Dann darf der Auftraggeber für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

Als Sicherheit für Mängelansprüche werden ab einer Auftragssumme von 250.000,– Euro 5 v. H. der Abrechnungssumme einbehalten.

Der Auftragnehmer kann stattdessen eine Mängelansprüche-Bürgschaft stellen. Für den Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche gilt § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B.

Für Abschlagszahlungen und für vereinbarte Vorauszahlungen ist eine Sicherheit durch eine Bürgschaft zu leisten.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften

Die Fristen für die Prüfung der Schlussrechnung und die Fälligkeit der Schlusszahlung werden auf 60 Kalendertage festgelegt.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird

Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklä-

rung abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage des Handelsregisterauszugs

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: –

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2014/S 051-084447 vom 13. März 2014

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

2. April 2015, 11.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: ja

Preis: 75,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Überweisung; der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.

Empfänger:
Sprinkenhof GmbH
Kennwort Neubau CHyN
Vergabe 556-06 Dachabdichtung

Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00
IBAN: DE63 2105 0000 0143 9410 00
BIC: HSHNDEHH
HSH Nordbank.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

9. April 2015, 11.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

Bis 18. Mai 2015

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

9. April 2015, 11.00 Uhr

Sprinkenhof GmbH,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihr Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Der Versand der Verdingungs-, Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen erfolgt in digitaler Form auf CD gegen eine Gebühr von 75,– Euro. Der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefon: +49/40/4 28 40 - 24 41
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
E-Mail: vergabekammer@bsu.hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Ein Nachprüfungsantrag vor der zuständigen Vergabekammer ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2. § 101a Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

10. März 2015

Hamburg, den 10. März 2015

Sprinkenhof GmbH 223

Ausschreibung
gemäß § 12 Nummer 1 VOL/A

f & w fördern und wohnen AöR,
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,
Telefon: +49/040/4 28 35 - 36 80
Telefax: +49/040/4 28 35 - 35 11

Ausschreibung Nr. **AÖA 020-2015**

Die **Lieferung von Fruchtsaft,- Konzentrate, und -nektaren** soll vergeben werden.

Die Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet ab dem 9. März 2015 unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

www.foerdernundwohnen.de
Ausschreibung für Leistungen (VOL)
und Bauleistungen (VOB)
AÖA 020-2015

Für den Auftrag kommen nur Bieter in Betracht, die mit einer Einreichung von Referenzen mit der in der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.

Einreichfrist: 9. April 2015, 13.00 Uhr

Hamburg, den 6. März 2015

f & w fördern und wohnen AöR 224

Gläubigeraufruf

Der Verein **Hilfszentrum Lateinamerika e.V. (i.L.)** ist aufgelöst worden. Zu Liquidatoren wurden Frau Tanja Harvey und Herr Víctor Harvey, Eiffestraße 606 a, 20537 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei den Liquidatoren des Vereins zu melden.

Hamburg, den 3. Februar 2015

Die Liquidatoren

Tanja Harvey Víctor Harvey 225

Gläubigeraufruf

Der Verein **Verein zur Förderung von Familienunternehmen e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 18314) mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich beim Verein zu melden.

Hamburg, den 19. Februar 2015

Der Liquidator 226

Gläubigeraufruf

Der Verein **Treffpunkt Kirchencenter Harburg e.V.** mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Zur Liquidatorin wurde Frau Anke Rowe, Grotelerweg 56 a, 21075 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Liquidatorin des Vereins zu melden.

Hamburg, den 23. Februar 2015

Die Liquidatorin 227

Gläubigeraufruf

Der Verein **Hamburger Naturwissenschaftlerinnen – Initiative Verantwortung für den Frieden und Natur e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 10709) Högenstraße 108, 22527 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Verein zu melden.

Hamburg, den 2. März 2015

Die Liquidatoren

Dr. Dieter Engels Dr. Hannes Jung Dr. Gerhard Knies 228

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).